

LinksBlick

Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

„Alles wird besser – nichts wird gut!“

Die Reformbewegungen im Gesundheitswesen

Der von der Kanzlerin angekündigte „Herbst der Entscheidungen“ treibt „bunte Blüten“ – länger strahlende Kernkraftwerke, ärmer machende HARTZ-IV-Regelungen und eine Gesundheitsreform, die krank macht. Allen Entscheidungen ist gemeinsam, dass sie zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommen gehen und Kapitalinteressen schonen.

Das Gesetz, das sich in die mehr als 15 Gesundheitsreformen und -reformchen der letzten 20 Jahre in der Bundesrepublik einordnet, trägt die Handschrift der Pharmalobby und der privaten Krankenversicherer. Bereits mit der Praxisgebühr und den Zusatzbeiträgen, die die SPD-Grüne-Regierung im Bund eingeführt hatte, war die paritätische Finanzierung aufgeweicht worden.

Nun werden die Beiträge weiter steigen. Die Anhebung um 0,6 % auf 15,5 % zu Beginn des nächsten Jahres tragen die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer zum letzten Mal gemeinsam. Die Anhebung des allgemeinen Beitragssatzes bedeutet für die Arbeitnehmer Mehrausgaben von durchschnittlich elf Euro im Monat und damit 132 Euro pro Jahr. Für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, von denen

in Brandenburg viele leben, ist das eine enorme Belastung. Völlig offen bleibt, wie die Regelung bei Arbeitssuchenden, Sozialhilfeempfängenden und Studierenden aussehen wird. Die Krankenkassen können künftig von ihren Versicherten einen einkommensunabhängigen Zusatzbeitrag in unbegrenzter Höhe verlangen. Das ist die Einführung der Kopfpauschale durch die Hintertür.

Mit dieser allein von den Versicherten zu zahlenden „kleinen Kopfpauschale“ sollen alle künftigen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen abgedeckt werden. Als Mogelpackung ohnegleichen erweist sich auch das neue Arzneimittelparpaket, eine typische FDP-CDU-CSU-Entscheidung. Da werden 2010 in Ankündigung einer Gesetzgebung von den Pharmakonzernen die Arzneimittelpreise bis zu 30% (!) erhöht, damit sie jetzt nach dieser Gesetzgebung dezent wieder um die geforderten 10% (!) gesenkt werden können.

„Rösler bleibt sich treu mit seiner Unterwanderung der solidarisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung und er bleibt auf Kurs: Mit Volldampf in die Mehr-Klassen-Medizin“, erklärte die Brandenburger Ge-

Fortsetzung auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 10

Zitiert ...

Persönlichkeiten werden nicht durch schöne Reden geformt, sondern durch Arbeit und eigene Leistung.

Albert Einstein (1879 - 1955)

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

sundheitsministerin Anita Tack (DIE LINKE).

Es sind die gesetzlich Versicherten, also 90% der Bevölkerung, die mit dem Abschied aus der solidarisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung künftig die Hauptlast der Finanzierung der Gesundheitsversorgung tragen.

Die private Krankenversicherung wird dagegen gestärkt. Durch den erleichterten Wechsel nach einmaligem Überschreiten der Jahresarbeitsentgeltgrenze werden der Gesetzlichen Krankenversicherung einkommensstarke Mitglieder verloren gehen.

Im Bundesrat haben die beiden rot-rot regierten Länder Berlin und Brandenburg gemeinsam mit Bremen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz diese „Gesundheitsreform“ abgelehnt. In einem gemeinsamen Antrag haben sie die Bundesregierung aufgefordert, ein Gesetz vorzulegen, das die gesetzliche Krankenversicherung auf eine solide finanzielle Basis stellt und zugleich eine sozial gerechte Lastenverteilung sichert.

Eine unsoziale Kopfpauschale wird darin abgelehnt. Die CDU-geführten Bundesländer verweigerten sich dem, der Antrag wurde im Bundesrat bei Stimmgleichheit abgelehnt.

Auch mit dieser Gesundheitsreform lassen sich die in den neuen Bundesländern und insbesondere in Brandenburg als Flächenland heranwachsenden Probleme, insbesondere in der ambulanten Versorgung, nicht lösen. So hat sich die Zahl der Ärztinnen und Ärzte in der medizinischen Versorgung nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg zwar von 1999 mit 3.280 Ärzten auf gegenwärtig 3.511 Ärzte im Jahr

2010 erhöht. Aber 35 Prozent der aktuell in Brandenburg in der ambulanten Versorgung tätigen Ärztinnen und Ärzte haben bereits das 60. Lebensjahr erreicht, bundesweit sind es nur rund 18 Prozent. Praxen finden keine Nachfolger, das Netz im ländlichen Raum, aber auch in den Kreisstädten, dünnt sich immer weiter aus. Eine Erfahrung, die auch die Patientinnen und Patienten machen.



Dipl.-med. Eberhard Pohle

Des Weiteren stehen der Erhöhung der Arztlizenzen weitere Erfordernisse gegenüber, die dies erfordern: die deutliche Erhöhung der Lebenserwartung; neue aufwandsintensive Diagnostik- und Behandlungsmöglichkeiten; die Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes in den Krankenhäusern. Seitdem die im Modellprojekt „Gemeindegewerke“ als arztentlastende Struktur erwiesenen nichtärztlichen Praxisassistentinnen regelhaft tätig sein können, sind bereits 21 nicht-ärztliche Praxisassistentinnen in 19 Hausarztpraxen und 5 Landkreisen des Landes Brandenburgs im Einsatz. Allerdings ist die ursprünglich auch mal von Minister Rösler zugesagte Finanzierung nicht in Brandenburg angekommen. Als niedergelassener Chirurg erlebe ich tagtäglich die zeitintensive Behandlung älter werdender Patientinnen und Patienten. Der Freude am Helfen und Heilen steht aber eine dramatisch zunehmende Bürokratie gegenüber, die sowohl im niedergelassenen als auch im angestellten Bereich im Krankenhaus ärztliche Arbeitszeit vernichtet, also dem Patienten entzieht.

„Alles wird besser – nichts wird gut!“

Dipl.-Med. Eberhard Pohle,
Luckenwalde

Kinderweihnachtsfeier

Am 3. Dezember 2010 fand die nunmehr 20. Kinderweihnachtsfeier im Übergangwohnheim des Arbeiter-Samariter-Bundes in der Anhaltstraße Luckenwalde statt. Die Veranstaltung des Stadtverbandes DIE LINKE. Luckenwalde und der Landtagsabgeordneten, Kornelia Wehlan, besuchten auch in diesem Jahr viele Kinder mit ihren Familien.

Heimleiter Rainer Höhn lud neben seinen Heimbewohnern auch viele ehemalige Bewohner mit ihren Familien ein. Vielen von ihnen ist die Kinderweihnachtsfeier zu einer lieb gewonnenen Tradition geworden, an der sie auch nach ihrem Auszug festhalten wollen. Wie immer sind auch in diesem Jahr ehrenamtlich liebevoll die Geschenke verpackt worden, die der Weihnachtsmann an die Kinder verteilte. Für den Weihnachtsduft sorgten die selbst gebackenen Kuchen und Plätzchen. Fleißige Mitarbeiter und Bewohner des Heimes hatten dem Raum mit selbst gebastelten Sternen, mit geschmücktem Weihnachtsbaum und gedeckten Tischen weihnachtlich gemütliches Aussehen gegeben.

Für besinnliche Stimmung sorgte



die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde, Dr. Heidemarie Migulla, mit ihrer Gitarre und dem Gesang von Weihnachtsliedern. Einige Spielsachen wurden gleich auf dem Teppich verteilt und ausprobiert. So puzzelten Kornelia Wehlan und die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Teltow-Fläming, Christiane Witt, gemeinsam mit den Kindern unterm Weihnachtsbaum. <

Red.

Kummersdorf

Geschichte – Gegenwart – Zukunft



Zur Geschichte:

1871 fasste das preußische Kriegsministerium den Entschluss, den Schießplatz der Artillerieprüfungskommission aus Tegel zu verlegen und zwar in das Gelände Kummersdorfer Forst. Dahin wurde eine direkte Bahnverbindung gebaut, die ab 15. Oktober 1875 als Königlich-Preußische Militäreisenbahn den regelmäßigen Zugverkehr aufnahm. Es entstanden Kasernen, Kommandantur, Laboratorien, Batteriestellungen mit Schutzwällen, Schießbahnen, Beobachtungsstände, Bunkeranlagen. Die Zeit bis 1945 war geprägt von Waffenerprobungen aller Art unter komplizierten Bedingungen, Scharfschießen zur Gewinnung von realen Vorstellungen über Waffen- und Geschosswirkung, Schießversuche gegen Gewölbe und Panzerziele, Prüfverfahren zur Weiterentwicklung von Sprengstoffen, Beschuss von Panzerplatten u.v.m. .

Ende der zwanziger Jahre begannen hier Versuche mit Raketen und Triebwerken, an denen auch Wernher von Braun beteiligt war. Sie wurden dann schwerpunktmäßig nach Peenemünde verlagert, die Versuche wurden hier jedoch fortgesetzt. 1936 – 1937 wurden die Heeresarbeitersiedlung und die Beamstensiedlung erbaut.

Am 21. April 1945 besetzten Soldaten der Roten Armee Kummersdorf-Schießplatz; der größte Teil der Versuchsanlagen wurde als Repara-

tionsleistung demontiert. Nach 1945 wurde das Gelände von der Roten Armee genutzt. Mit dem Abzug der GUS-Truppen endete 1994 die fast 120-jährige militärische Nutzung.

Gegenwart:

Heute ist die ehemalige Heeresversuchsstelle Kummersdorf ein national bedeutendes Denkmal, das größte Flächendenkmal Brandenburgs mit 3.400 ha. Über viele Jahrzehnte hatte sich eine großflächige und zusammenhängende Landschaft mit vielen wichtigen Rückzugsräumen für seltene Tiere und Pflanzen entwickelt. Die gesamte Liegenschaft mit den ehemaligen Schießbahnen, Zielgebieten und Bunkern steht unter Denkmalschutz. Im Historisch-Technischen Museum kann man sich gründlich und anschaulich über die Geschichte informieren, auch an verschiedenen Führungen teilnehmen.

Zukunft:

Es gibt die Vorstellung, aus der früheren Heeresversuchsstelle ein „Museum in der Natur“ zu machen. Dabei sollen die vorhandenen Relikte (z.B. Baulichkeiten, Beobachtungsbunker) im jetzigen Zustand erhalten bleiben.

Eine Projektgruppe (Museumsverband Brandenburg, BUND Brandenburg, BTU Cottbus, Landkreis TF, Kommunen) hat ein detailliertes Konzept erarbeitet, das folgende Schwerpunkte beinhaltet:

1. Das jetzt bestehende Museum, das sich außerhalb des Geländes der Versuchsanstalt befindet, soll erneuert, vergrößert und saniert werden.

2. Wenn die Eigentumsfrage endgültig und rechtsverbindlich geklärt ist, soll das Museum in das eigentliche Gelände der Versuchsanstalt integriert werden.

3. Kasino, Kommandantenvilla, Zeughaus, Wasserturm und Kaserne (oben im Bild) sind erhaltenswert und sollen das Zentrum werden mit erweitertem Museum, Bibliothek, Dauerausstellung, Seminar- und Vorführbereich, Museums-pädagogik, Archiv, Werkstatt, Foyer, Kasse und Shop.

Die jetzige Aufgabe besteht darin, das Vorhaben mit einem realistischen Finanzplan zu unterlegen. Finanzminister Markov (DIE LINKE) hat nach einem Termin vor Ort mittelfristig finanzielle Hilfe zugesagt, jedoch darauf verwiesen, dass das Projekt generell auf eigenen Füßen stehen muss. Die Vorstellungen der Projektgruppe sind: Einnahmen aus Geländeführungen, aus denkmalträglichem alternativer Energieerzeugung (Solarpark), aus Forstwirtschaft, Fischerei und anderen Geländenutzungen zu erzielen. Auch der Bund wird sich entsprechend dem Konsensbeschluss in angemessener Form an der Altlastsanierung beteiligen.

So entsteht in unserem Kreis ein einmaliges Natur- und Geschichtsdenkmal und berücksichtigt und verbindet Belange des Denkmal- und Naturschutzes. Es soll für unsere und die nachfolgenden Generationen ein Ort der Wissensvermittlung, der kritischen Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit und der Mahnung sein, Krieg und militärische Auseinandersetzungen zu verurteilen.

Christa Zernick, Mellensee

Linke Politik im Landtag

Für Gleichbehandlung in der Leiharbeit – Lohndumping per Gesetz abschaffen

Damit hat das höchste deutsche Arbeitsgericht klargestellt, dass Organisationen, die Tarifverträge abschließen, ohne dazu von den Mitgliedsgewerkschaften ausreichend legitimiert zu sein, keine Gewerkschaften im tarifrechtlichen Sinn sind. Die von der Tarifgemeinschaft Christliche Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) allein abgeschlossenen Tarifverträge sind daher unwirksam.

Diese Entscheidung ist ein tarifpolitischer Meilenstein und ein großer Erfolg für die Beschäftigten in der Leiharbeit. Damit ist klargestellt, dass die CGZP ausschließlich im Interesse der Arbeitgeber gehandelt hat und nur zu dem Zweck, Tarifverträge zu äußerst niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen

abzuschließen. Zukünftig können in der Leiharbeit nur Gewerkschaften das Tarifgeschehen bestimmen, die die Interessen ihrer Mitglieder auf angemessene Arbeitsbedingungen und Bezahlung durchsetzen können und wollen. Diese Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ist zugleich eine Warnung an alle Organisationen, die versuchen, Lohn- und Beschäftigungsstandards zu unterlaufen und der Arbeitgeberseite durch Lohndumping Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Mit dem Urteil des BAG haben die betroffenen Leiharbeiter nun Anspruch auf gleiche Bezahlung wie die Beschäftigten in den Firmen, in denen sie eingesetzt sind.

DIE LINKE fordert jetzt die Bundesregierung auf, dass alle Schlupflöcher im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz geschlossen werden, durch die der Gleichbehandlungsgrundsatz



bisher unterlaufen werden konnte; Flexibilität nicht mit niedrigen Löhnen bestraft, sondern durch eine Flexibilitätsprämie belohnt wird; die Überlassungsdauer in der Leiharbeit auf höchstens drei Monate begrenzt wird und Betriebsräte ein zwingendes Mitbestimmungsrecht über den Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern erhalten und die Leiharbeit im Entsendegesetz mit aufgenommen wird. <

www.konni-wehlan.de
www.dielinke-fraktion.brandenburg.de

„Heißer Herbst“

Vom „heißen Herbst“ der Gewerkschaften haben manche viel erwartet. Jetzt fragen sie sich, wo er geblieben ist. In Zeitungen und im Fernsehen haben sie nur wenig davon bemerkt.

Nun, die Medienmacher und ihre Geldgeber vertreten ja auch ganz andere Interessen als gerade die der Gewerkschaften. Zu deren Pressefreiheit gehören ebenso das Weglassen von Nachrichten wie auch einige wohlwollende Alibi-Berichte.

Die Gewerkschaften haben sich dieses Jahr nicht für eine Großdemo in einer Stadt, sondern für viele dezentrale Aktionen, auch in kleinen Städten, entschieden. Damit wurden nach Gewerkschaftsangaben etwa 1,5 Millionen Bürger aktiv. In der ganzen Bundesrepublik haben damit Bürger ihren Unmut über die unsoziale und bürgerferne Politik der Herrschenden gezeigt. Wer an Aktionen teilnimmt, stärkt damit auch sein Selbstbewusstsein und wird sich we-

niger gefügig zeigen.

Die Aktionen der Gewerkschaften waren sehr ideenreich.

Am 07.10., dem Tag gegen prekäre Beschäftigung, haben sich junge Gewerkschafter in Ketten durch Flensburg treiben lassen. Das war der Auftakt für weitere Aktionen in Flensburg.

Am 11.10. in Remscheid wurde mit Straßentheater Aufmerksamkeit erregt. In Wolfsburg gab es eine große Aktion unter dem Titel „Ich habe Angela Merkel mein letztes Hemd gegeben“ gestartet. In Berlin, Stuttgart und anderen Städten wurden bei Demos Sparpakete an den Absender zurückgegeben. In Sachsen sind selbst Straßen- und Kinderfeste als Protestaktion durchgeführt worden. Auch Warnstreiks für Tariferhöhungen gehören dazu.

Das waren nur einige Beispiele von den vielfältigen Aktionen gegen Lohndumping, Zeitarbeit, Soziallab-

bau, Rente mit 67, Betriebsverlagerungen, Kopfpauschale und weitere neoliberale Projekte. Weiterhin setzten sich Gewerkschafter für einen flächendeckenden Mindestlohn, bessere Chancen für Jugendliche, allgemeine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, kurz gesagt für ein besseres Leben der abhängig Beschäftigten, ein.

Wenn wir dann noch an die Aktionen gegen Stuttgart 21, Anti-Atomproteste sowie Proteste gegen verschwiegene Belastungen der Bürger beim Flughafenprojekt BBI und andere denken, dann ist in diesem Jahr viel geschehen. Damit wurde der steigende Ärger der Bevölkerung über abgehobene und bürgerferne Politik deutlich gezeigt. Wir sollten das Geschehene nicht gering achten, sondern daraus Mut und Selbstbewusstsein für die Wahrung unserer Interessen schöpfen.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Neues aus der Stadtverordnetenversammlung

Planerische Steuerung von Windenergie-Anlagen im Zossener Stadtgebiet angeschoben

Beschlussantrag der Fraktion SPD/LINKE/VUB in Zossen angenommen

Bisher konnten Windkraftinvestoren in der Region Havelland-Fläming ihre Anlagen nur in besonderen Eignungsgebieten aufstellen. Diese Flächen waren im Regionalplan Havelland-Fläming - Sachlicher Teilplan „Windenergienutzung“ von 2004 festgelegt. Allerdings wurde dieser Regionalplan am 14. 09. 2010 vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg wegen Abwägungsmängeln für unwirksam erklärt.

In der Folge könnten Windkraftanlagen nun auch außerhalb der bestehenden Eignungsgebiete genehmigt werden. Damit ist der von vielen gefürchtete Wildwuchs von Windkraftanlagen, der durch den Regionalplan eigentlich verhindert werden sollte, nicht mehr ausgeschlossen. Die betroffenen Einwohner haben derzeit auch nur wenige Möglichkeiten, eigene Belange in Genehmigungsverfahren einzubringen.

Um das zu ändern, hat die Fraktion SPD/LINKE/VUB sich mehrheit-

lich dafür ausgesprochen, dass ein Beschlussantrag in die Zossener Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird, mit dem die Stadt die planerische Steuerung von Windenergie-Anlagen selbst vornimmt.

Carsten Preuß, Vorsitzender der Fraktion SPD/LINKE/VUB, wies darauf hin, dass die Kommunen mit den Möglichkeiten, die sich aus der kommunalen Planungshoheit ergeben, auf die Standorte von Windeignungsgebieten Einfluss nehmen können. Durch die positive Ausweisung sogenannter Konzentrationszonen für die Windenergienutzung kann das restliche Gemeindegebiet von Windkraftanlagen freigehalten werden. Dies kann beispielsweise durch die Aufstellung eines Teilflächennutzungsplanes erfolgen. Dabei sollen die Vorstellungen der einzelnen Ortsteile einbezogen werden. Auch die Einwohnerinnen und Einwohner können und sollen in die Entscheidung für oder gegen ein Windeignungsgebiet



stärker einbezogen werden.

Die Nutzung erneuerbarer Energie ist unbestritten wichtig. Bei Standortentscheidungen ist jedoch der Bürgerwille zu berücksichtigen, damit die Akzeptanz der erneuerbaren Energien nicht aufs Spiel gesetzt wird, so Preuß. Der Beschlussantrag fand dann auch in der SVV eine breite Mehrheit.

Für DIE LINKE in der Fraktion SPD/DIE LINKE/VUB in der SVV Zossen:

Carsten Preuß, Vorsitzender,
Melinda Bock,
Michael Heilgermann
Dr. Rainer Reinecke,
Jürgen Steinert

Betrug auf der ganzen Linie

Laut schwarz-gelber Bundesregierung sind 2.945.491 Personen arbeitslos.

Nicht gezählt werden Erwerbslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen. Arbeitslose, die älter als 58 Jahre sind, werden schon lange nicht mehr erfasst. Seit Mai 2009 gilt: Wer von einem privaten Arbeitsvermittler betreut wird, gilt nicht mehr als arbeitslos.

So ergibt sich, dass 1.144.863 Personen, die keine Arbeit haben, in der Statistik nicht erfasst werden. (Zahlen lt. Bundesagentur für Arbeit). Es fehlen natürlich auch diejenigen, die es inzwischen aufgegeben haben, nach Arbeit zu suchen.

Immer auf die Schwachen . . .

Die Bundesregierung muss sparen, auch 2011, besonders bei Hartz-IV-Empfängern. Konkret: 0,5 Mrd. Euro setzt sie für das „Bildungspaket“ ein (Zehn Euro für bedürftige Kinder und Jugendliche pro Monat).

3,5 Mrd. Euro „spart“ sie durch die Streichung des Übergangsgeldes von Hartz I, durch die Streichung der Rentenbeiträge für Hartz-IV-Bezieher, durch die Streichung des Elterngeldes sowie durch Kürzungen bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. So war es von Schwarz-Gelb geplant. Am 16.12.2010 stoppten die Länder mit rot-grünen und rot-roten Regierungen diese Reform im Bundesrat.

Wie es weiter geht, regelt der Vermittlungsausschuss.

2011 stehen für Hartz-IV-Bezieher drei Mrd. Euro weniger zur Verfügung als bisher. Das ist bundesdeutsche Sozialpolitik 2010/2011.

Wem fühlt sich diese Regierung verpflichtet?

Mehr dazu in „Clara.“ Das Magazin der Fraktion

DIE LINKE. im Bundestag, Nr.18/2010, kostenlos beziehbar bei Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin oder unter Telefonnummer 030/22 75 11 70

E-Mail: versand@linksfraktion.de
Internet:
www.linksfraktion.de/bestellen

Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

DIE LINKE - Strategie

Die Grünen haben gute Umfragewerte, weil sie nach allen Seiten offen sind. Sie sind beliebig. Die Grünen haben bei Hartz IV, der Rente mit 67 und dem Afghanistankrieg gewackelt wie ein Kuhschwanz. Wir nicht, sagte Klaus Ernst in einem taz-Interview. Ein Strategiepapier, ein erfolgreicher Programmkonvent sind Garant unserer Politik.

Wir setzen vier Schwerpunkte: Verteilungsgerechtigkeit, einen gerechten und effizienten Sozialstaat, Demokratie und Frieden. Wir sind die einzige Partei, die nie für Hartz IV, die Rente mit 67 und den Afghanistankrieg gestimmt hat.

Wir bleiben bei unseren Kernthesen. Wir wackeln da nicht, nur weil rechnerisch Koalitionen möglich wären. Damit haben wir Erfolg gehabt, so machen wir weiter. Auch deswegen haben wir eine stabile Wählerschaft.

Stuttgart 21 - Volksabstimmung

Uns unterscheidet von anderen Parteien, die in Stuttgart protestieren, dass wir im Bundestag immer „Nein“ gesagt haben zu Stuttgart 21. Dagegen haben SPD und Grüne bei vielen Abstimmungen über den Bundesverkehrswegeplan für Stuttgart 21 gestimmt. Nun versuchen diese beiden Parteien, ihr parlamentarisches Versagen mit dem Ruf nach einer Volksabstimmung zu überdecken.

„Auch DIE LINKE ist für eine Volksabstimmung zu Stuttgart 21.“, sagte Gesine Löttsch. „Aber ich sage auch, Volksentscheide sind kein Ersatz für parlamentarisches Handeln. Volksentscheide sind wichtig, aber sie können kein Allheilmittel sein. Ich sehe die Gefahr, dass bei der wichtigen Diskussion um direkte Demokratie die repräsentative Demokratie

klammheimlich immer mehr durch die Bundesregierung untergraben wird. Dort, wo wir wie im Land Berlin die Möglichkeit hatten, Gesetze zur Erleichterung von Volkentscheiden durchzusetzen, haben wir das getan. Aber klar sein muss auch, dass erst einmal die Abgeordneten ihre Hausaufgaben zu machen haben, denn dafür sind sie gewählt. Für mich kann ich behaupten, dass ich meine Funktion als haushaltspolitische Sprecherin, trotz Parteivorsitz, sehr ernst nehme. Die gewählten Volksvertreter müssen sich ihre Rechte zurück erobern.“

Leiharbeitsurteil muss gesetzliche Konsequenzen haben

Jetzt ist es gerichtsfest: Die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) wurde vom Bundesarbeitsgericht für nicht tariffähig erklärt.

Dieses Urteil ist ein Meilenstein und eine nachträgliche höchstrichterliche Ohrfeige für die alte rot-grüne Bundesregierung, die dem Missbrauch der Leiharbeit Tür und Tor geöffnet hat. Bund und Sozialversicherungen müssen jetzt schnell handeln. Frau von der Leyen muss die gesetzlichen Konsequenzen ziehen. Der missbrauchsfähige Tarifvorbehalt im Leiharbeitsgesetz muss schnell gestrichen werden. Das ist im laufenden Gesetzgebungsverfahren möglich. Dann gilt für die Leiharbeit immer und überall die Regel, dass es für gleiche Arbeit auch gleiches Geld gibt.

Die Sozialversicherungsträger müssen jetzt schnell handeln. Es ist viel Zeit ins Land gegangen. Drei Milliarden Euro stehen an Beiträgen aus. Die müssen jetzt von den Firmen, die mit der CGZP Dumpingtarifverträge abgeschlossen haben, eingefordert



werden. Das macht allein für die Rentenversicherung 0,5 Beitragspunkte. Damit könnte die Rente ab 67 rückgängig gemacht werden.

Polizisten müssen Kopf für verfehlte Atompolitik hinhalten

Die Castor-Transporte nach Lubmin sind auch vor dem Hintergrund der massiven Sicherheitsprobleme unverantwortlich. Es kann nicht nur zu Gefährdungen der Bevölkerung kommen, auch die Gefahren für Polizistinnen und Polizisten, die neben den Castoren herlaufen müssen, sind nicht zu unterschätzen.

Je länger die Laufzeiten für Atomkraftwerke desto länger bestehen diese Risiken. Deshalb muss der Atomdeal der schwarz-gelben Bundesregierung abgelehnt und endlich ernsthaft eine Lösung für die Endlagerung des strahlenden Mülls gefunden werden. <





Programmdiskussion in der Linksjugend[´solid] Teltow-Fläming

Transformation ist nicht Reform ist nicht Revolution

Ein Beitrag zur Klärung des Transformationsbegriffs

„DIE LINKE kämpft in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, heißt es unter Absatz drei des Programmtextes. Doch was bedeutet das Wort „Transformation“ innerhalb des politischen Kontextes?

In Gesprächen mit Genoss_Innen und Wähler_Innen ist uns aufgefallen, dass der Begriff, wie er im Programmtext verwendet wird, sehr unterschiedlich definiert wird.

Die einen verstehen darunter einen Weg zum Sozialismus durch Reformen, die anderen denken mehr an eine „Revolution light“. In diesem kurzen Text möchten wir daher versuchen, uns dem Begriff der Transformation anzunähern, um damit auch eine Debatte anzustoßen.

Transformation als radikaler Reformismus!

Nichts darf so bleiben, wie es ist! Wir sehen die Ursprünge der Idee der Transformation hin zum Sozialismus bei dem italienischen Theoretiker Antonio Gramsci. Dieser hatte nach dem Scheitern der proletarischen Revolution in Italien die Theorie der Hegemonie skizziert. Unter Hegemonie wird die herrschaftsförmige Einbettung subalternen Interessen

in den Staat verstanden, bei der gleichzeitig die beherrschten Klassen- und Klassenfraktionen von der Macht ferngehalten werden. Durch diesen Prozess der passiven Revolution wird ein Konsens erzeugt, der im Fall von Abweichlern mit Zwang gesichert wird.

Ein gutes Beispiel für hegemoniale Projekte der Bourgeois sei hierbei der aufgekündigte Ausstieg aus der Atomkraft oder das Bahnprojekt Stuttgart 21, die beide nur mit Einsatz von Repressivorganen gehalten werden können. Kurz und mit den Worten Antonio Gramscis gesagt, ist Hegemonie, „Konsens gepanzert mit Zwang“.

Um diese Hegemonie zu schaffen, muss der Kapitalismus sich ständig verändern, d.h. die Produktions- und Lebensweise revolutionieren. So ist beispielsweise der Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Produktionsweise als eine solche passive Revolution zu verstehen, die gleichzeitig auch einen Hegemoniewechsel innerhalb des historischen Blocks präsentiert.

Innerhalb einer solchen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung muss es daher die Zivilgesellschaft sein, in die wir als LINKE intervenieren müssen, um eine alternative Gegenhegemonie zu erzeugen, die zu einer Veränderung der politischen und alltagspraktischen Vergesell-

schaftungs- und Verhaltensformen führt.

Diesen Prozess der Schaffung von gegenhegemonialen Projekten sowie das Erkämpfen und Erhalten von Freiräumen nennen wir Transformation. Zusammengefasst bedeutet dieser Begriff für uns das bewusste und konsequente Handeln gegen die herrschenden sozialen Strukturen sowie politischen Subjektpprägungen.

Innerhalb von politischen Institutionalisierungsformen sehen wir unsere Aufgabe in einer bewussten Politik „in und gegen den Staat“ (Holloway). Jede Politik innerhalb des Staates, die im Sinne des herrschenden historischen Blocks gemacht wird, reproduziert nur die herrschende Hegemonie und stärkt diese damit.

Gleichzeitig schwächt es die Subalternen, da ihre Intellektuellen und Führungsgruppen in den Machtblock absorbiert werden. <



In der Medizinausbildung ist Kuba eine Weltmacht

Ein Militärprojekt in eine medizinische Hochschule umwandeln - was für eine geniale Idee. Nach der Hurrikansaison 1998 in Lateinamerika unterbreitete die kubanische Regierung den betroffenen Ländern das Angebot, nicht nur Ärzte zu schicken, sondern junge Leute aus diesen Ländern in Kuba zu Medizinern auszubilden. Um diese Idee zu verwirklichen, wurde die kubanische Marineakademie - ein riesiges Militärprojekt am Stadtrand von Havanna - zur „Escuela Latinoamericana de Medicina“ (ELAM - Lateinamerikanische Hochschule für Medizin) umgebaut.

Am 27. Februar 1999, gerade einmal drei Monate nach Ankündigung dieser Idee, trafen die ersten 1.933 Studenten aus 18 lateinamerikanischen Staaten in Kuba ein. Noch vor der offiziellen Eröffnung der Hochschule erweiterte Kuba dieses Ausbildungsangebot für alle Länder, in denen die medizinische Versorgung unzureichend ist, sowie für junge Leute, die in ihrer Heimat nicht die Möglichkeit haben, ein Medizinstudium aufzunehmen - aus finanziellen Gründen, aber auch, weil sie in weit abgelegenen Kommunen mit geringer Infrastruktur leben. Die jungen Ärzte sollen nach der Ausbildung in ihre Heimatländer zurückkehren, um dort eine nachhaltige medizinische Versorgung mit aufzubauen.

Die Ausbildung an der ELAM dauert sechseinhalb Jahre. Voraussetzung

ist das Abitur. Zuerst müssen alle Studenten einen halbjährigen Vorbereitungskurs absolvieren, um die Unterschiede im Ausbildungsniveau der einzelnen Länder auszugleichen. Da für viele Studenten Spanisch nicht die Muttersprache ist, wird für sie in

außerdem - obwohl sie Ausländer sind - überall in kubanischen Pesos bezahlen. Zu alledem packt Kuba für jeden Studenten noch ein Taschengeld von 100 Pesos obendrauf.

Dieses großzügige Ausbildungsangebot Kubas nehmen jedes Jahr auch

Studenten aus den USA in Anspruch, die sich zu Hause ein Medizinstudium nicht hätten leisten können. Sie leben und studieren hier unter den gleichen Bedingungen wie ihre Kommilitonen aus der ganzen Welt. Nach ihrer Rückkehr in die USA müssen sie sich - wie alle anderen Auslandsstudenten auch - verschiedenen Prüfungen unterziehen. Besteht der Absolvent diese Prüfung, erhält er eine Empfehlung, mit der er seinen



Studenten aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas in einer Vorlesungspause: „Medizin zu studieren war unser Traum - aber in unseren Heimatländern hätten wir diesen Traum nicht verwirklichen können.“ (Foto: Jörg Rückmann)

diesem ersten halben Jahr auch ein Sprachkurs angeboten.

Es folgen zwei Jahre Grundausbildung; danach beginnt die Spezialisierung in den Fachbereichen. Die Studenten werden in diesem Ausbildungsabschnitt an insgesamt 21 Fakultäten im ganzen Land unterrichtet. Sie lernen dort zusammen mit kubanischen Studenten. Das Abschlussexamen legen sie dann wieder in der Hauptstadt ab.

Während der Zeit in Havanna wohnen die Studenten auf dem Gelände der ELAM. Das Studium, alle Hilfsmittel für die Ausbildung sowie Unterkunft und Verpflegung zahlt der kubanische Staat. Alle Studenten erhalten einen kubanischen Studentenausweis und genießen die damit verbundenen Vergünstigungen. Sie können

kubanischen Hochschulabschluss staatlich anerkennen lassen kann.

Erstaunlicherweise gibt es bei diesem Verfahren nach US-amerikanischem Recht keinen „Sonderfall Kuba“. Allerdings kosten diese Prüfungen eine Menge Geld. Die ELAM unterhält gute Kontakte zu einer Universität in Kalifornien, die dem Ausbildungsweg der jungen Leute über Kuba sehr positiv gegenübersteht und den Rückkehrern den Berufsstart in den USA erleichtert.

Die gute Medizinausbildung in Kuba hat sich mittlerweile auf der ganzen Welt herumgesprochen. Jedes Jahr absolvieren Studenten aus ca. 50 Ländern diese Ausbildung - aus Afrika, Asien, Ozeanien, aus den USA, dem Nahen Osten und natürlich aus

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

Lateinamerika und der Karibik.

Schon 8.500 Mediziner haben den Abschluss der „Escuela Latinoamericana de Medicina“ in der Tasche. In Kuba diskutiert man gegenwärtig die Möglichkeit, in einigen Ländern medizinische Hochschulen nach dem Vorbild der ELAM aufzubauen.

Gemeinsam mit einer über 400 Mann starken kubanischen Ärztebrigade helfen derzeit 51 graduierte Ärzte der ELAM aus verschiedenen Ländern in Haiti. Schon lange bevor dieses Land durch Erdbeben und Cholera in die Schlagzeilen gekommen ist, haben sie dort in vielen Gemeinden die medizinische Grundversorgung aufrechterhalten. Heute sind die von ihnen geschaffenen Strukturen Anlaufpunkt für viele Helfer aus anderen Ländern.

Lourdes Castellanos Arencibia, stellvertretende Direktorin für internationale Beziehungen an der Hochschule, erklärt die Grundidee der ELAM so: „Es ist ein Prinzip der kubanischen Revolution, das Wenige, das man hat, mit anderen zu teilen und denen zu helfen, die noch ärmer sind. Wir schicken Menschen in viele Länder der Welt, um Leben zu retten, während die reichen Länder des Nordens ihre Politik mit immer mehr Soldaten, mit Gewalt und Krieg durchsetzen wollen.“

Jörg Rückmann, AG Cuba Sí

**Wer Kuba unterstützen möchte:
Sonderspendenkonto beim
Parteivorstand
DIE LINKE/Cuba Sí,
Nummer: 4382 210 000,
Berliner Bank AG,
BLZ: 10020000,
Verwendungszweck:
Kuba muss überleben**

Cuba Sí

Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

Steuerzahler subventionieren Niedriglöhne in Teltow-Fläming mit 2.133.575 Euro

Golze: Gesetzlicher Mindestlohn muss her!

„Der Boom von Billigjobs kommt nicht nur die Betroffenen, sondern auch die gesamte Gesellschaft teuer zu stehen. In Teltow-Fläming zahlt der Steuerzahler monatlich 2.133.575 Euro für so genannte Hartz-IV-Aufstockerinnen und -Aufstocker und subventioniert so Billiglohnunternehmen. Um der Lohnspirale nach unten einen Riegel vorzuschieben, brauchen wir endlich einen gesetzlichen Mindestlohn“, erklärt Diana Golze, Wahlkreisabgeordnete der LINKEN anlässlich einer Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE zu regionalen Arbeitsmarktdaten. Am 16. Dezember 2010 hat DIE LINKE erneut einen Antrag für einen gesetzlichen Mindestlohn in den Bundestag eingebracht.

Die Antwort der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 17/3654) auf die Anfrage der LINKEN hat ergeben, dass die Zahl der Billigjobs in fast allen Regionen zugenommen hat. So stieg im Kreis Teltow-Fläming die Zahl der Leiharbeiter/innen, die meist schlecht bezahlt werden, von 247 im Jahr 2005 auf 729 im Jahr 2010 (jeweils letzte verfügbare Monatsdaten von März).

Im Landkreis liegt die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnbereich bei 15.237, was einem Anteil von 38,1 Prozent aller Beschäftigten entspricht.

Zu niedrige Löhne werden laut Bundesregierung in Teltow-Fläming monatlich mit 2.133.575 Euro ergänzende Hartz-IV-Leistungen aus Steuermitteln für 3.188 Aufstocker/innen-Haushalte (letzte verfügbare



Zahlen vom Juni 2010) aufgestockt.

Die Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sind nicht zu übersehen. Wir müssen Schluss machen mit der Subventionierung von Billigjobs durch den Steuerzahler. Ein gesetzlicher Mindestlohn muss her. Die Politik muss für mehr gute Arbeitsplätze sorgen. Dafür streitet DIE LINKE zusammen mit Gewerkschaften und vielen anderen. Ohne einen politischen Kurswechsel geht der Aufschwung an vielen Menschen vorbei.

Am 16. Dezember hat der Bundestag einen Antrag der LINKEN zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Mai 2011 debattiert. An diesem Tag tritt in Deutschland die vollständige EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit in Kraft. Damit wird es künftig allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Europäischen Union ermöglicht, ohne Zugangsbeschränkungen in Deutschland zu arbeiten.

DIE LINKE will mit einem einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn verhindern, dass es dadurch zu einem weiteren Lohndumping auf dem Rücken der Beschäftigten kommt.

„Mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn muss wie in 20 anderen europäischen Ländern auch in Deutschland eine untere Haltelinie für die Löhne eingeführt werden, zum Schutz aller hier arbeitenden Menschen und im Interesse der europäischen Solidarität“, heißt es im Antrag. <

Neues aus der Stadtverordnetenversammlung

Voll besetzte Besucherplätze, zusätzliche Stühle waren notwendig
Kerzen und Weihnachtssterne auf den Plätzen der Abgeordneten. Doch die Besucher waren am 14.12.2010 nicht wegen der vorweihnachtlichen Atmosphäre erschienen, es ging wieder mal um ihre ureigensten Interessen.

Die Bürgerinitiative „Gegen eine Biogasanlage im Stadtgebiet von Luckenwalde“ trug ihre Fragen und Bedenken zum geplanten Vorhaben im Bebauungsplan 14/94 Zapfholzweg II vor. Die Bürgermeisterin berichtete, dass über 750 schriftliche Einwendungen von BürgerInnen gegen die geplante Biogasanlage in diesem Gebiet vorliegen. Entscheiden werden die Stadtverordneten höchstwahrscheinlich im März/April 2011, wie mit den Bürgerbedenken umgegangen wird.

Weiterhin wurden durch Bürgerinnen über 1.200 Unterschriften zum Erhalt des Freibades Elsthal an die Bürgermeisterin übergeben. Diese Initiative ist dem Hickhack der letzten Monate über eine mögliche Schließung wegen zu hoher Kosten geschuldet. Unsere Fraktion bezieht hier eine geschlossene Meinung zum Erhalt des Freibades. Wir werden uns in der Fraktionssitzung im Januar 2011 über die weitere Vorgehensweise verständigen.

Gedenkveranstaltung am 27. Januar für die Opfer des Nationalsozialismus nicht wie gewohnt am Stadtpark

Schon im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung hatte der Hauptausschuss mehrheitlich entschieden, die traditionelle Gedenkveranstaltung an diesem Tag im Rathaus durchzuführen. Der Antrag der CDU-Fraktion auf Ortsveränderung in Richtung Stalagfriedhof fand keine Mehrheit, aber der Kompromissvorschlag für das Rathausfoyer wurde dann mehrheitlich im Hauptausschuss angenommen. So zog die CDU-Fraktion ihren Antrag für die Stadtverordnetenversammlung zurück. Eine breite und öffentliche Diskussion wurde damit verhindert, wohlweillich ein heißes Eisen anzufassen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Höhere Gebühren für den Winterdienst

Auch die Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung stand auf der Tagesordnung. Aufgrund der Kostenentwicklung bei der Straßenreinigung und insbesondere der hohen Mehraufwendungen beim Winterdienst (extreme Wetterlagen im letzten Winter und jetzt) machen eine Anpassung der Gebühren erforderlich. So werden sich für den Kalkulationszeitraum 2011-2012 die Gebühren für den Winterdienst von jetzt 0,50 €/m auf dann 1,05 €/m



Luckenwalde

Reinigungsfläche erhöhen. Eine unausweichliche Entscheidung, die uns nicht leicht gefallen ist. Sollten die Winter 2011/12 wieder milder ausfallen, werden natürlich die Preise den neuen Bedingungen angepasst.

Jugendeinrichtung KLAB jetzt mit voller Betreuerstelle

Ab 2011 wird der jahrelange Kampf belohnt. Der KLAB im Beelitzer Tor erhält statt bisher einer ¾ Personalstelle eine Förderung von 100%.

Manfred Thier, Luckenwalde

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. in der SVV Luckenwalde:

*Erik Scheidler, Vorsitzender,
Hans-Jürgen Akuloff,
Dr. Margitta-Sabine Haase,
Dr. Heidemarie Migulla,
Jochen Neumann,
Sabine Bölter
Dipl.-Med. Eberhard Pohle,
Birgit Schott,
Manfred Thier,
Kornelia Wehlan,
Andreas Zabel*

Auflösung Bilderrätsel



Zu sehen ist hier der Innenhof des Gemeindezentrums Thyrow.

In der dazugehörigen Kulturscheune führte der Kreisverband DIE LINKE. Teltow-Fläming im November 2010 seinen Kreisparteitag durch.

Das Gemeindezentrum Thyrow empfiehlt sich aufgrund vielfältiger

Möglichkeiten für Veranstaltungen aller Art.

Thyrow existierte schon lange vor der urkundlichen Ersterwähnung 1346 als slawische Siedlung. Sein Name steht für die altsorbische Bezeichnung für eben den Auerochsen, den Thyrow auch im Ortswappen führt. <

Nur einmal im Jahr?

Eine Kindheit ohne Bücher, ohne heimliches Lesen unter der Bettdecke, ohne Geschichten und Phantasie ist für mich nicht vorstellbar. Mit fast sechs Jahren wurmte mich die Tatsache, noch nicht lesen zu können außerordentlich. Die Texte, die neben dem Nachrichtensprecher auf dem Bildschirm standen, wollten sich mir nicht erschließen, die Zeitungen und Bücher um ich herum - eine Welt, die ich (noch) nicht verstand. Das wollte ich natürlich schnell ändern und meine Motivation half mir dabei. Lesen zu können fühlte sich an wie ein großer Schritt in Richtung Unabhängigkeit, ein Schritt, der mir den Weg in eine neue, große, interessante Welt eröffnet hat.

Sicher ist das heutige Überangebot an Unterhaltungsmedien ein Grund für die nachlassende Wertschätzung des geschriebenen Wortes - eine Ablenkung, von der meine Kindheit noch weitgehend verschont blieb.

Doch der sinnvolle Umgang mit diesen neuen Medien setzt die Fähigkeit des Lesens und Verstehens voraus.

Anlässlich des bundesweiten Vorlesetages der Stiftung Lesen werden u.a. Eltern, Lehrer, Erzieher und Politiker zum Vorlesen aufgerufen.

Ein soziales, ehrenamtliches Engagement, das mich anspricht, denn sind Lesen und Vorlesen bei uns zu Hause doch eine Selbstverständlichkeit. Der Bitte der Klassenlehrerin meines Sohnes, den Schülern in der Schule ein Buch vorzulesen, bin ich gern gefolgt.

Mit weichen Knien und drei verschiedenen Kinderbüchern unter dem Arm machte ich mich am 26. November 2010 auf den Weg in die Schule.

Drei 4. Klassen standen auf meinem Vorleseplan. Dass ich viele Schüler aus dem Umfeld meines Sohnes bereits kannte, erleichterte mir den Einstieg. Zunächst erstaunten mich die gespannte Stille und Erwartungshaltung der Kinder.

Die 45 Minuten gingen mit Vorlesen und Gedankenaustausch leider sehr

Herzliche Glückwünsche senden die Basisorganisationen und Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Gerda Gebert in Güterfelde zum 91. Geburtstag am 17.01.
Rosa Rüllicke in Blönsdorf zum 86. Geburtstag am 18.01.
Irene Eckleben in Rangsdorf zum 77. Geburtstag am 19.01.
Wolfgang Kliemann in Großbeeren zum 71. Geburtstag am 19.01.
Ewald Heuer in Mahlow zum 77. Geburtstag am 21.01.
Brigitte Simon in Nächst Neuendorf zum 81. Geburtstag am 26.01.
Prof. Dr. Werner Kohl in Ludwigsfelde zum 82. Geburtstag am 26.01.
Fritz Lehmann in Markendorf zum 81. Geburtstag am 01.02.
Paula Schreiber in Ludwigsfelde zum 91. Geburtstag am 07.02.
Ingrid Köbke in Woltersdorf zum 72. Geburtstag am 08.02.
Siegfried Günther in Blankenfelde zum 76. Geburtstag am 08.02.
Christa Hevler in Niedergörsdorf zum 74. Geburtstag am 09.02.

Emilia Pommerenke in Luckenwalde zum 80. Geburtstag am 14.01.
Werner Gohlke in Luckenwalde zum 85. Geburtstag am 24.01.
Erik Scheidler in Luckenwalde zum 60. Geburtstag am 01.02.
Gerhard Schlag in Sperenberg zum 75. Geburtstag am 02.02.

schnell vorüber. Es folgten zwei weitere Stunden, mittlerweile ohne weiche Knie, sondern mit großer Freude am Vorlesen. Die Fragen der Kinder,



ob ich wiederkommen würde und ob man nicht öfter vorlesen könne, haben mich erstaunt und gefreut zugleich. Für mich steht fest: Vorlesen werde ich bald wieder.

Dass Vorlesen die Sprach- und Konzentrationsfähigkeit bei Kindern fördert, ist allgemein bekannt. Dass Vorlesen die soziale Bindung zwischen Zuhörer und Vorlesendem stärkt und die Grundlage für unsere Kommunikationsfähigkeit bildet, ist auch keine Neuigkeit.

Die Tatsache aber, dass einer Studie zufolge 37% der Kinder angaben, niemals vorgelesen zu bekommen, stimmt mich nachdenklich. Dieser

Prozentsatz ist - entgegen der gängigen Vorstellung - unabhängig von Einkommen, Bildungsstand und Migrationshintergrund.

Grundsätzlich ist alles, was uns einander näher bringt und die zwischenmenschlichen Beziehungen fördert, ein wichtiger Bestandteil unseres Zusammenlebens.

Nur wenn das Interesse an Büchern bereits im Kindesalter geweckt wird, entwickeln auch Erwachsene eine Neugier auf Bücher, Interesse an Autorenlesungen und den emotionalen Bezug zu Geschriebenem.

Als es meiner Oma zunehmend schwerer fiel, Bücher selbst zu lesen, fehlte ihr diese sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Die Stunden, die wir zusammen verbrachten, während ich ihr aus Romanen vorlas, sind für mich eine der intensivsten Erinnerungen aus unseren letzten gemeinsamen Jahren.

Eine Erfahrung, die ich nicht missen möchte und ein weiterer Grund, das Vorlesen zu einem Bestandteil meines ehrenamtlichen Engagements zu machen.

Tina Senst, Klein Schulzendorf

Termine

17.01.11 17.30 Uhr

Finanzforum mit der
Staatssekretärin des
Finanzministeriums Brandenburg,
Daniela Trochowski,
Kreisverwaltung Teltow-Fläming

danach

Gemeinsame Sitzung der
Kreistagsfraktion und des
Kreisvorstandes DIE LINKE. TF

19.01.11 14.00 Uhr

Redaktionssitzung
Geschäftsstelle Luckenwalde

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming

Ein Kinderlied für Erwachsene

Banken haben's Geld verbraten,
fordert es zurück, fordert es zurück.
Denn das mit den Rettungsschirmen
war ein Bubenstück.
Denn das mit den Rettungsschirmen
war ein Bubenstück.

Boni sollten ganz wegfallen,
damit sie bestehn, damit sie bestehn.
Doch die Bänker zocken weiter,
als wär nichts geschehn.
Doch die Bänker zocken weiter,
als wär nichts geschehn.

So kommt bald die nächste Krise,
wir fallen wieder rein, wir fallen wieder rein.
Wenn wir nicht nur zahlen wollen,
heißt es einig sein.
Wenn wir nicht nur zahlen wollen,
heißt es einig sein.

Zum Singen nach der Melodie „Fuchs, du hast die Gans gestohlen“

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

In tiefer Trauer gedenken
wir unseres
langjährigen Genossen

Heinz Thymian

Kreisverband	DIE LINKE.
DIE LINKE.	Basisorganisation
Teltow-Fläming	Am Mellensee

Herzlichen Glückwunsch zur Ehrenplakette

Anlässlich des 65-jährigen Bestehens der Volkssolidarität wurden langjährige aktive Mitglieder ausgezeichnet, Eine besondere Ehrung erfuhr unsere LINKE Bürgermeisterin von Nuthe-Urstromtal, Monika Nestler.

Sie erhielt die „Ehrenplakette des Bundesverbandes der Volkssolidarität“, die erste dieser Art im Regionalverband Fläming-Elster. Gedacht

ist diese Auszeichnung für Amtspersonen, die die Organisation der Volkssolidarität fördern. Als deren langjähriges Mitglied engagierte sich Monika Nestler in ihrer Hennickendorfer Ortsgruppe, aber auch als Bürgermeisterin von Nuthe-Urstromtal und im Vorstand des Regionalverbandes.

Der Kreisvorstand DIE LINKE. Teltow-Fläming gratuliert herzlich. <

IMPRESSUM

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36, www.dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033, www.dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654, www.dielinke-ludwigsfelde.de

Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 15. Dezember 2010, der nächsten Ausgabe: 19. Januar 2011

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de